

# Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirks-Section (Sektion der Kommunistischen Partei Deutschlands)

Verleger: ...
Montag, 8. April 1922
... 1.50 M., ...

## An die Mitglieder des USBP. und des Nfa-Bundes!

An die Klassenbewusste Arbeiterschaft ganz Deutschlands!

**Genossen! Arbeiter! Angestellte!**

In München, Augsburg, Stuttgart, Mannheim, Frankfurt und in andern Industriestädten Süddeutschlands stehen die Metallarbeiter teilweise seit fünf Wochen in einem schweren Kampf. 200 000 Metallarbeiter streiken oder sind von einem profitulierten Unternehmertum ausgeperrt.

Im Brennpunkt des Kampfes steht die 48-stündige Arbeitswoche. Die Unternehmer bestehen darauf, daß die Arbeiter entweder auf den freien Samstag-Nachmittag verzichten oder an den übrigen Wochentagen länger als 8 Stunden arbeiten sollen.

Die süddeutschen Metallarbeiter haben sofort erkannt, daß das Vorgehen der Metallindustriellen der allgemeinen Unternehmeroffensive gegen den Achtstundentag entspricht, und daß die Befestigung der 48-Stundenwoche den Weg frei machen soll zur Einführung des 9- und 10-Stundentages.

Mit gewaltigen Mehrheiten haben darum die Metallarbeiter Süddeutschlands die Kampfanlage der Unternehmer ausgenommen und den Streik beschlossen.

Der Streik wird vom Vorstand des DMV geleitet. Ob jede bisherige Maßnahme der Kampfleitung richtig war, wird später zu prüfen sein. Heute steht nur die eine Frage auf der Tagesordnung:

**Wie wird den streikenden Metallarbeitern Süddeutschlands der Erfolg verbürgt?**

Auf diese Frage müssen wir offen antworten, ehe es zu spät ist.

Es ist für jedermann offensichtlich, daß die Unternehmer hoffen, im Bunde mit dem Hunger die Arbeiterschaft niederzujagen. Obwohl uns die vorbildliche Kampfstimmung der Streikenden bekannt ist, obgleich wir wissen, daß sich die Streikenden der vollen Sympathie der gesamten süddeutschen Arbeiter und Angestellten erfreuen, befürchten wir, daß die Unternehmer zuletzt triumphieren werden, wenn der Kampf in der bisherigen Weise gewissermaßen als Privatangelegenheit der Metallarbeiter und unter Ausschluß der Öffentlichkeit weitergeführt wird.

Die auf ihren Geldschränken sitzenden Unternehmer können mit gelassener Ruhe unter Umständen noch lange warten, bis schließlich der nagende Hunger die Arbeiter besiegt. Wenn die Streikleitung auch weiter darauf besteht, den Kampf lebhaft als eine Angelegenheit der Metallarbeiter anzusehen, und wenn sie sich darauf beschränkt, den riesigen Mitteln der Metallindustriellen den Rücken zu kehren, wird der Kampf verloren gehen.

**Genossen! Arbeiter! Angestellte!**

Soweit darf es nicht kommen! Die Arbeiterklasse hat die Macht, den süddeutschen Metallarbeitern in kürzester Frist den Sieg zu sichern. Die unverbrüchliche Solidarität die Euch mit den kämpfenden verbindet, und Euer eigenes

Interesse erfordert, daß von dieser Macht entschlossener Gebrauch gemacht wird.

In der ganzen Welt jagt das Unternehmertum eine rücksichtslose Offensive gegen das Proletariat. In Deutschland und England richtet sich der Stoß des Unternehmertums ebenso wie in Süddeutschland in erster Linie gegen die Metallarbeiter. Die Unternehmer spekulieren darauf, daß die Metallarbeiter einerseits im Produktionsprozeß nicht so lebenswichtig sind, daß auf ihre Arbeit unter Umständen nicht wochen- oder monatelang verzichtet werden könnte und daß andererseits die Niederwerfung der Metallarbeiter als der höchsten und oft ausschlaggebenden Gewerkschaft, die Bahn frei macht zur Aneignung aller übrigen Arbeiter und Angestellten.

Wir sehen, daß infolge einer falschen Taktik der Gewerkschaften das Unternehmertum einen Sieg nach dem anderen buchen kann. Soll verhindert werden, daß das in Süddeutschland wiederum der Fall ist, so muß der Unternehmertum die vereinigte Macht der Arbeiterschaft entgegengestellt werden. Es gibt nur ein Mittel, das rasch und sicher den Erfolg verbürgt, und das ist:

### Der Solidaritätsstreik für ganz Süddeutschland!

Wir appellieren an die ganze Arbeiterschaft Süddeutschlands, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit und des Berufes, unverzüglich in Betriebs- und öffentlichen Versammlungen zu dem Kampf der Metallarbeiter Stellung zu nehmen. Die Delegierten oder die örtlichen Vollversammlungen der Betriebsräte müssen sofort zusammentreten und in eindeutiger Weise zum Ausdruck bringen, daß sie entschlossen sind, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Kampf der Metallarbeiter siegreich zu beenden. Das lebendige Solidaritätsgefühl muß sich in allen Orten ganz Süddeutschlands mit 10 ungestümmen Wucht äußern, daß die Gewerkschaftsführer gezwungen sind, Euren Willen zu respektieren und den Solidaritätsstreik, der allein den Erfolg verbürgt, in die Wege zu leiten.

Wir appellieren weiter an die Arbeiter und Angestellten des ganzen Reiches, daß sie den Kampf in Süddeutschland mit angestrebter Aufmerksamkeit verfolgen, den kämpfenden ihre Sympathie erklären und auf die Gewerkschaftsführer mit Nachdruck einwirken, damit diese tun, was im Interesse von 200 000 kämpfenden Metallarbeitern, was im Interesse der gesamten Arbeiterklasse geht werden muß.

Es lebe für alle, alle für einen!

Es lebe die selbstbereite Solidarität der Arbeiterklasse!  
Es lebe der Sieg der süddeutschen Metallarbeiter!  
Es lebe der Sieg der gesamten Arbeiterklasse!

Zentrale der Komm. Partei Deutschlands, Abteilung Gewerkschaften.

## Ausdehnung des süddeutschen Metallarbeiterstreiks.

Zwecks Beilegung des Streitens in der süddeutschen Metallindustrie wurde ein Schiedsgericht des Reichsarbeitsministeriums eingesetzt. Der Schiedsspruch fiel, wie bekannt wird, ganz im Sinne der Unternehmer aus, d. h. ein Teil der geforderten Lohnerhöhungen wird bewilligt, aber nur für den Fall, daß sich die Arbeiter mit einer Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit von 46 auf 48 Stunden pro Woche, ab 1. April, einverstanden erklären. Dieses Verlangen haben schon die württembergischen und bayerischen Metallarbeiter bei Beginn ihres Kampfes abgelehnt. Trotzdem haben die badischen Metallindustriellen dieselbe Forderung gestellt und sind nunmehr von dem Schiedsgericht darin unterstützt worden.

Eine Delegiertenversammlung der Metallarbeiterverbände für den Süddeutschen Raum hat mit 316 gegen 17 Stimmen den Schiedsspruch abgelehnt. Mit 15 400 gegen 2800 haben sich die Arbeiter in einer Abstimmung ebenfalls für Ablehnung des Schiedsspruches und für den Streit ausgesprochen. Dieser ist mit dem heutigen Tage in Kraft getreten. Er umfasst allein in dem Rheinlouis-Schwarzhauser Industriegebiet 25 000 Arbeiter in 34 Betrieben. Zweifellos werden die Metallarbeiter in den übrigen Bezirken Badens ebenfalls mit in den Streit hineingezogen.

Dennach steht dann die gesamte Metallarbeiterklasse in den dem Unternehmertum angefallenen Betrieben ganz Süddeutschlands im Streit.

Die Arbeiterschaft weiß, warum sie in ihrem ureigendsten Interesse diesen Kampf führen muß. Sie will sich einmal den früheren Arbeitslohn am Sonnabend nicht rauben lassen, zum andern weiß sie nur zu gut, daß jedes Nachgeben in bezug auf Arbeitszeitverlängerung der erste Schritt zur Befestigung des Achtstundentages überhaupt ist. Diese durchaus richtige Auffassung und der erbitterte Kampf ihrer süddeutschen Kollegen mußte endlich die gesamte deutsche Arbeiterschaft aufrütteln. Die süddeutschen Metallarbeiter kämpfen für die Interessen des gesamten deutschen Proletariats. Geht ihr Kampf verloren, so wird nicht nur in Schlesien und in allen übrigen Bezirken Deutschlands die unmittelbare Folge sein, daß überall da, wo noch eine 48- oder 46-stündige Arbeitszeit vorhanden ist, diese sofort auf eine 48-stündige verlängert wird, aber darüber hinaus wird ein Sieg der süddeutschen Metallindustriellen das gesamte deutsche Unternehmertum ermutigen, nunmehr mit allen Mitteln den ihnen so verhassten Achtstundentag zu befestigen.

Um dieser Gefahr vorzubeugen, muß sich die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands und vor allem die Metallarbeiterklasse mit allen Mitteln für ihre süddeutschen Kollegen einsetzen.

Metallarbeiter, nehmt sofort in allen Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen zu der Frage Stellung, laßt Eure Kollegen in Württemberg, Baden und Bayern nicht von dem Unternehmertum niederjagen.

## Die Krise in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Von Wilhelm Koenen (Berlin).

Statt der erwarteten Krise der Regierung Wirth haben wir in Deutschland eine Krise der USBP. bekommen. Nach dem sich die Deutsche Volkspartei, die Partei des Herrn Stinnes, auf der Grundlage des Steuerkompromisses mit der Regierung der Erfüllung auf Kosten des Proletariats abgefunden hat, tritt jetzt erneut und in aller Schärfe an die Unabhängigen die Frage heran, wie sie sich hinsichtlich der Regierung Wirth stellen sollen. Diese Entscheidung müssen die Unabhängigen jetzt in einer äußerst kritischen Situation fällen.

Die Kommunisten stehen seit Monaten in einem immer heftiger werdenden und immer größere Massen umfassenden Kampf gegen die neuen ungeheuerlichen Verwahrloseten und Verlehrssteuern, die dem arbeitenden Volk ausgepackt werden sollen. Dadurch wurden die Massen angezogen der ohnehin seit Wochen wieder unerhöht anwachsenden Verteuerung aller Lebensbedürfnisse in steigende Erregung versetzt. Außerdem jagt eine Lohnbewegung die andere und ein Meilenstein folgt dem anderen. Bald sind es Beamte, bald Angestellte, bald die Gemeindegeldarbeiter, Ergarbeiter oder Metallarbeiter, die in großen Lohnkämpfen stehen.

Parallel mit dieser Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Lage entwickelte sich die Parteikrise der Unabhängigen. Die Differenzen in der USBP. wurden nach dem Eingangsrede des Leipziger Parteitages zuerst durch die Stellungnahme zum Steuerkompromiß wieder akut. Kurz nach der Stimmenthaltung der Reichsheit, Herz und Gewissen, durch die sie im Januar bei der ersten Entscheidung über das Steuerkompromiß der Regierung Wirth die notwendige Mehrheit verschafften, gab es eine heftige Auseinandersetzung in der Fraktion und in der Berliner Organisation. In beiden Fällen unterlag der rechte Flügel. Die Zentralkommission mußte sich für eine klarere Steuerpolitik erklären, d. h. an die Stelle der Halbheit des Steuerkompromisses der Rechtssozialisten, der füllschwänzigen Hinneigung bestimmter indirekter Steuern sollte eine parlamentarische Opposition gegen das Steuerkompromiß und eine Unterstützung der kommunistischen Anträge auf Aufhebung der verschiedenen indirekten Steuern treten.

Der Eisenbahner- und Gemeindegeldarbeiterstreik schaffte dann insbesondere in Berlin einen heftigen Gegensatz zwischen der Berliner Organisation und der „Freiheit“-Redaktion. Die Einmütigkeit, mit der die nur von den Kommunisten gestützten Gemeindegeldarbeiter auftraten, und die Rücksichtslosigkeit, mit der andererseits der „sozialistische“ Magistrat mit Hilfe unabhängiger Stadträte vorging, brachte die Mehrheit der Berliner Parteifunktionäre der USBP. in politische Erregung. Da gegenüber dieser Stimmung die „Freiheit“-Redaktion nicht nachzugeben bereit war, mußte auch hier die Zentralkommission eine Entscheidung fällen, durch die sie das Verhalten der Differenz-Redaktion mißbilligte.

Es kam schließlich dann zu einem einheitlichen Vorgehen einer kleinen USBP.-Betriebsräte aus Großbetrieben, die sich sowohl an die „Freiheit“-Redaktion wie auch an die Berliner Zeitung wandten, um endlich eine andere Haltung der Zeitung herbeizuführen. Auch in den Generalversammlungen der Organisationen, z. B. in Weinstadts Wahlkreis, kam es zu scharfen Auseinandersetzungen und zu einer offenen Stellungnahme gegen die rechten Führer der USBP. Als erst unter dem Druck der Arbeiter, die den proletarischen Klassenkampf nicht aufgeben wollen, füllten sich die Fraktionen veranlaßt, schließlich offen gegen die Redaktion der „Freiheit“ Stellung zu nehmen. Die Denkschrift der „Freiheit“-Redaktion, durch die sie ihren reformistischen Standpunkt zu rechtfertigen sucht, der Offene Brief Kautskys gegen die Aufnahme der USBP. in der Reichsregierung gegen die „Freiheit“ und der Artikel des sonst so zähen Dillmann zeigen offen die politischen Differenzen.

Kompliziert wird diese Parteikrise erstens dadurch, daß es in der USBP. außer dem äußersten rechten Flügel, der sich auf die „Freiheit“- und Leipziger Volkszeitung-Redaktion stützt, keine festen Gruppen gibt, die irgendwie auf ihre Forderungen drängen; zweitens dadurch, daß die führenden Personen — linker und rechter Tendenz — befürchten, durch klare Entscheidungen nach links oder rechts Abhängigkeit der Kommunisten beziehungsweise der Rechtssozialisten zu werden. Es wird beiderseits der krampfhafteste Versuch gemacht, doch noch irgendwie nach unten in rechtsgerichtete, selbständige USBP.-Politik zu machen, wobei die Parteifunktionäre der USBP. bemerken werden, daß ...



Die Arbeiter der U.S.P. haben sich in der letzten Zeit ...  
Die Arbeiter der U.S.P. haben sich in der letzten Zeit ...  
Die Arbeiter der U.S.P. haben sich in der letzten Zeit ...  
Die Arbeiter der U.S.P. haben sich in der letzten Zeit ...  
Die Arbeiter der U.S.P. haben sich in der letzten Zeit ...

Die U.S.P. hat sich in der letzten Zeit ...  
Die U.S.P. hat sich in der letzten Zeit ...  
Die U.S.P. hat sich in der letzten Zeit ...  
Die U.S.P. hat sich in der letzten Zeit ...  
Die U.S.P. hat sich in der letzten Zeit ...

Der Landtagspräsident hat dem Auschuss erklärt ...  
Der Landtagspräsident hat dem Auschuss erklärt ...  
Der Landtagspräsident hat dem Auschuss erklärt ...  
Der Landtagspräsident hat dem Auschuss erklärt ...  
Der Landtagspräsident hat dem Auschuss erklärt ...

### Politische Uebersicht.

Offener Zerfall der U.S.P.  
Der Reaktionsführer der U.S.P., Stadtverordneter Dr. Wehl, griff den Berliner Magistrat heftig an. Darauf gaben die auf dem Freiheit- und Schilling-Platz stehenden Stadträte Wehl und Schilling eine Erklärung ab, in der sie scharf gegen ihren Parteigenossen Wehl Stellung nahmen. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:  
Die unerhörten und maßlosen Angriffe des Herrn Dr. Wehl gegen den Magistrat müssen wir entschieden zurückweisen. Herrn Stadtverordneter Dr. Wehl ist es

Aus der Landarbeiter- und Kleinbauern-Bewegung.  
Lebensmittelwucher und Leuteschinder am Pranger.  
In der Sitzung des Landtags am Mittwoch sprach Genosse Schulz (Krenzlin). Wir bringen nachstehend von seinen Ausführungen einen Auszug:  
Genosse Schulz (Krenzlin):  
Hinter dem Hilfswort der deutschen Landwirtschaft steht nur die Absicht, die Profite der Großagrarien zu steigern. Auf eine bessere und billigere Ernährung kommt es ihnen nicht an. Und dazu wäre es doch die allerhöchste Zeit. Nach den Angaben des Staatssekretärs Stamm werden wir in diesem Jahre etwa 40 Milliarden Mark für die Einfuhr von ausländischem Brotgetreide ausgeben müssen. Die wahren Absichten der Agrarier mit dem Hilfswort erkennt man schon an den Bedingungen, die daran geknüpft wurden. Ruhe und Ordnung verlangen sie, worunter sie die Rechtslosigkeit der Landarbeiter verstehen. Sie wollen dem Landarbeiter das Streikrecht nehmen. (Sehr richtig! bei den Demokratinnen!) Wenn

Landarbeiterbewegung in Mittelddeutschland?  
Der landwirtschaftliche Arbeitgeber-Verband der Provinz Sachsen hat es abgelehnt, mit der von den Landarbeitern eingesetzten Tarif-Kommission zu verhandeln. In der in der Presse abgegebenen Erklärung werden die Landarbeiter obendrein noch verhöhnt: „In Bezug auf die notwendigen Lohnerhöhungen hat der Beirat des Tarifamtes am 17. März seine Schuldigkeit getan. Das von den Kommunisten als unzureichend bezeichnete Ergebnis ist den gegenwärtigen Ver-

### Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.  
Uebersetzt von Adolf Heß.  
Hinter einer Straßenecke, in einer schmalen Gasse, hatte sich ein Haufe von etwa hundert Leuten versammelt, und mühte sich unter ihnen erdäule Djesjowitschilowa Stimme.  
„Sie quälchen uns das Blut aus, wie Esst aus Knochen!“ riefen plumpse Worte auf die Köpfe der Menschen. „Stimmt!“ antworteten ein paar dumpfe Stimmen im Chor.  
„Der Durche gibt sich Arbeit!“ sagte der Klempner.  
„Na, ich will hingehen, ihm helfen!“  
Er beugte sich vor, und che Pawel ihn zurückhalten wollte, wand er wie ein Rockenschwer seinen langen, gewaltigen Körper in die Menge. Dann erdäule seine stöhnende Stimme:  
„Genossen, auf Erden sollen verschiedene Völker leben — Juden und Deutsche, Engländer und Araber. Das glaube ich nicht. Die Menschen werden sich verdrängen und sprengen, aber jetzt ihr einmal zu, wie die reichen Franzosen, Deutschen und Engländer mit Arbeitern verfahren. Ich schämt ihr wahr, daß sie alle für die Arbeiter nur — Bajonnette sind. Ich wünsche ihnen allen eine Glücke in den Hölle!“  
In der Menge erdäule ein Satz:  
„Sehen sie die Sache vom anderen Ende an, sie können sich nicht nur mit der frantzösischen und deutschen Arbeiter, sondern mit jeder Handwerker verbinden.“  
Daher der Straß kamen diese Leute, und erdäule sich ein Satz, erdäule sich schweigend, den Satz aufschreibend, auf den Bescheidigen in die Gasse.  
„Und ich sprach lauter!“  
Die unheimliche Arbeit haben diese Arbeiter schon

„Polizei!“ rief jemand.  
Von der Straß her kamen, Knuten schwingend, vier berittene Polizisten direkt auf die Menschen in der Gasse losgeritten und schrien:  
„Auseinandergehen!“  
„Was sind das hier für Reden?“  
„Wer spricht das?“  
Die Leute machten finstere Gesichter und gaben den Pferden nicht gerade herwilligst Raum. Einige kletterten auf die Bäume. Spöttische Reden erklangen.  
„Rau hab' einer, wie die berittenen Schweine grunzen. Was sind wir für Fedeln!“ — rief ein heiles, aufseizende Stimme.  
Der Klempner blieb mitten in der Gasse stehen. An ihn schritten zwei mit den Köpfen abwärts Pferde zu. Er wich zur Seite, und im selben Augenblick ergriß die Mutter ihn bei der Hand und zog ihn hinter sich her.  
„Gott versprochen, bei Pausel zu helfen, und nun gehst du allein los!“  
„Entschuldige“, sagte der Klempner zu Pawel: „Uff, was gibt es für eine Menge Polizisten in der Welt!“  
„Schon gut!“ brummte die Mutter.  
Kengstliche, niederdrückende Müdigkeit ergriß sie, wie in ihrem Innern auf, kreiste im Kopf, und im Herzen wechselten Freude und Kummer nacheinander. Sie hatte den Wunsch, die Dampfmaschine mühte bald Müllergießen.  
Man gelangte auf einen Platz, in dessen Mitte die Kirche stand. Ringsum auf dem Kirchhof stand und sah eine dicke Menge, hier waren wohl hundertet verdächtige junge Leute, bestärkte, besorgte Frauen, und kleine Kinder. Die Menge schaute ihn und her, die Leute erhoben die Köpfe wüthlich und nickten nach allen Seiten. Man hörte eine gehobene Stimmung; einige Wüthen schüttelten den Kopf, andere knurrten, bisweilen riefen sie: „Schmecke den Hals!“  
Frauenstimmen erklangen über die Menge, und die Männer riefen:

„Worte. Entschlossenheit und Zuversicht lauen mit Rücksichtigkeit und Furchtsamkeit im Streit. Dampfer über uns hing die Menge.“  
„Mitja!“ ätzerte eine feine Frauenstimme. „Gott mit dir!“  
„Lass mich!“ war die Antwort.  
Der gezeite Sifow sprach ruhig und überzegend.  
„Nein, wir dürfen die jungen Leute nicht im Stich lassen! Sie sind verständiger als wir, leben ruhiger! Der hat uns vor dem Sumpfschanden gerettet! Sie! Das dürfen wir nicht vergessen. Man hat sie dafür im Gefängnis geschleppt... Aber alle haben dadurch gewonnen!...“  
Jetzt brüllte die Dampfmaschine und verdrängte mit ihrem schwarzen Rauch die Unterhaltung der Menschen. Die Menge ätzerte, die Sitzenden standen auf, einen Augenblick war alles starr, wartete gespannt, und viele Gesichter wurden blaß.  
„Genossen!“ erdäule Pawels Stimme langvoll und fest. „Erdeiner, besser Arbeit verbrachte die Augen der Mutter, und mit einer einzigen Bewegung ihres plößlich gestarrten Körpers stand sie hinter dem Sohn. Alle wandelten sich Pawel zu und umringten ihn, wie Eisenstämme einer Raketen.“  
„Brüder! Es ist die Stunde gekommen, wo wir uns von diesem Leben voll Gier, Wuth und Finsterniß, von die, em Leben der Gewalt, in dem für uns kein Platz ist und in dem wir keine Menschen sind, losdrücken müssen!“  
Er verstumte und alle schweben und drängten sich dicht und fester um ihn zusammen. Die Mutter schaute in sein Gesicht und sah nur die Augen, stolz, ihn brennend.  
„Genossen! Wir haben beschlossen, heute offen zu erkämpfen, wer wir sind. Wir wissen heute nicht länger, das Damm der Vernunft, der Wahrheit und der Freiheit!“  
Eine lange, weiße Stange bligte in der Gasse, jenseits die Menge, verschwand in ihr und nach einem Minuten Rückwärts die breite Reimwand der Arbeiter, wie ein wüther, erdäule die Menge, erdäule die Menge, erdäule die Menge, erdäule die Menge.

Die Jugendbewegung in der Sowjet-Union...

**Aus der Arbeiterbewegung**

Am 20. März fand in einer Mitgliederversammlung der Jugendgenossenschaft...

Die politische und konfessionelle Gesichtspunkte dürfen bei der Beurteilung nicht zugrunde gelegt werden...

Die acht städtischen Volkshochschulen sind an den Wochentagen von 12 bis 1 1/2 Uhr...

**Bewerkschaftsbewegung**

Bergarbeiterversammlung in Altwasser. Die Hauptstelle des Bergarbeiterverbandes in Ober-Altwasser...

Die Arbeiterbewegung in der Sowjet-Union...

Aus der Herren- und Knabenkleider-Konfektion. Der Bekleidungsarbeiter-Verband schreibt uns...

Aus der Partei. An unsere Ortsgruppen! Wir berufen hiermit für Sonnabend und Sonntag...

Der Parteitag beginnt am Sonnabend, den 29. April, abends 6 Uhr im Saal des Reichstages...

- 1. Die politische Base. 2. Die Bezirksorganisation. 3. Die Presse. 4. Die Bildungsfrage. 5. Die Gemeindepolitik. 6. Die Genossenschaften. 7. Verschiedenes.

Die Delegationskosten tragen die Ortsgruppen selbst, da dem Bezirk hierfür keine Mittel zur Verfügung stehen...

**Sozialist.**

Die Jugendbewegung in der Sowjet-Union...

Die acht städtischen Volkshochschulen sind an den Wochentagen von 12 bis 1 1/2 Uhr...

Die acht städtischen Volkshochschulen sind an den Wochentagen von 12 bis 1 1/2 Uhr...

Die acht städtischen Volkshochschulen sind an den Wochentagen von 12 bis 1 1/2 Uhr...

Die acht städtischen Volkshochschulen sind an den Wochentagen von 12 bis 1 1/2 Uhr...

**K \* P \* D**

Kommunistische Partei Deutschlands, (Bezirk Schlesia)

Bezirksleitung: Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistr. 49/50.

Dienstag, abends 7 Uhr, im Parteilokal Verwaltungsjüngung

Unterbezirk Breslau. Büro: Breslau, Nikolaistr. 49/50.

Ortsgruppe Breslau. Büro: Nikolaistraße 49/50.

Bezirksleitung: Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistr. 49/50.

Unterbezirk Waldenburg. Büro: Goldesberg, Schützenhaus.

Kommunistische Metallarbeiter-Verwaltungsstelle Waldenburg.

Bezirksleitung: Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistr. 49/50.

Unterbezirk Waldenburg. Büro: Goldesberg, Schützenhaus.

Kommunistische Metallarbeiter-Verwaltungsstelle Waldenburg.

Bezirksleitung: Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistr. 49/50.

Handspielhaus, Altmehle, Goldschmiede

Rosa Luxemburgs Stellung zu den faktischen Problemen der Revolution. Carl Hoym Neß, Louis Capabley, Hamburg

Arbeiter Frühgeschäft

Möbliertes Zimmer

Staat und Revolution Von Lenin. Preis 5,00 M.

Akquisiteure für Breslau und die Provinz Schlesia